



Bremen braucht Veränderungen!

**Das Wahlprogramm der Jungen
Liberalen Bremen zur Wahl der
Bürgerschaft und der
Stadtverordnetenversammlung 2023**

Liebe Bremerinnen und Bremer, liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,

die letzten Jahre haben gezeigt, dass wir heute vor großen Herausforderungen stehen. Dabei beweisen gerade die jungen Menschen immer wieder, dass wir uns engagiert und selbstverantwortlich für eine bessere Zukunft diesen Herausforderungen stellen wollen. Als Junge Liberale Bremen glauben wir an die Schaffenskraft des Einzelnen und fordern Fortschritt statt Stillstand, damit Bremen nach Jahrzehnten politischen Versagens und des wirtschaftlichen und sozialen Abstiegs, endlich wieder mit Aufbruch und Zuversicht in eine lebenswertere Zukunft blicken kann.

Am 14. Mai 2023 haben wir die Möglichkeit zu gestalten und eine neue Bürgerschaft für Bremen zu wählen. Wir Junge Liberale wollen den jungen Menschen und den zukünftigen Generationen eine starke Stimme in Landes- und Kommunalpolitik geben. Gemeinsam mit den Freien Demokraten wollen wir für die Vielfalt freier Individuen und für den Fortschritt und die Chancen einer starken Zukunft kämpfen. Dabei stehen wir für alle diejenigen, die die Freiheit lieben und Verantwortung in die Hand nehmen und die Zukunft gestalten wollen!

Denn für uns steht fest: **Bremen braucht Veränderung!**

Inhaltsverzeichnis

Die Bildung von morgen für die Generation von heute	3
Investitionsoffensive für die Bildung	3
Die Zukunft im Klassenzimmer	4
Chancen ermöglichen durch individuelle Förderung	4
Update für den Stundenplan	4
Frühkindliche Bildung stärken	5
Post-Corona-Programm einführen	6
Aufstieg wird aus Mut gemacht	7
Kinderchancengeld in Bremen einführen	7
Jugendämter und -hilfen stärken	7
Hand in Hand zusammenarbeiten	8
Die Ausbildung in Bremen fördern	8
Schneller und einfacher Zugang zum Arbeitsmarkt	8
Arbeiten, wie und wann du willst	8
Leb doch, wie du willst! – Für eine freie und individuelle Gesellschaft	10
Kein Pflichtdienst für junge Menschen	10
Sexuelle Identität schützen	10
Adoptionen erleichtern – Familienplanung ermöglichen	10
Schutz im digitalen Raum	11
Diskriminierungen hat keinen Platz	11
Betroffene schützen	11
Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften	11
Ehrenamt stärken	12
Kennzeichnungspflicht und Bodycams im Polizeidienst	12
Nachwuchsförderung der Polizei	13
Zwischen Klima und Freiheit passt kein oder – Pragmatismus statt Ideologie	14
Klimaneutralität bis 2038	14
Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden	14
Weniger Bürokratie, mehr Klimaschutz Schutz von Grünflächen	15
Fahrradinfrastruktur in Bremen ausbauen	15
Bremen und Bremerhaven verbinden	15
Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs	16
Innovation statt Papierinvasion – Den Staat ins 21. Jahrhundert holen	17
Öffentliche Einrichtungen der Zukunft	17

Privatsphäre und Freiheit im digitalen Raum	17
Öffentliche Informationen für jeden Kritisches Informationssystem stärken	18
E-Sport anerkennen	19
Reform für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk	19
Finanzpolitik, die rechnen kann	20
Investitionen in die Zukunft	20
Keine neuen Schulden	20
Transparente Finanzpolitik vereinfachen	20
Finanzielle Entlastung für alle	21
Die Freiheit endet nicht an Bremens Grenzen	22
Unterstützung für die Ukraine	22
Sanktionen für das iranische Regime	22
Solidarität mit Taiwan	22
Kooperation mit freien Demokratien weltweit	23
Schnelle Hilfe für Hilfesuchende	23

Die Bildung von morgen für die Generation von heute

Als Junge Liberalen setzen wir uns für ein Bildungssystem ein, das jedem die Möglichkeit gibt, das volle Potenzial zu entfalten, unabhängig von sozialer Herkunft oder finanziellen Mitteln. Wir glauben, dass Bildung der Schlüssel zu individueller Freiheit und sozialem Fortschritt ist und dass eine gute Bildung der Grundstein für eine erfolgreiche Zukunft ist. Ein gutes Bildungssystem ist auch den Erhalt und die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials unserer Wirtschaft unerlässlich. Deshalb setzen wir uns für ein Bildungssystem ein, das den Bedürfnissen der Arbeitswelt entspricht und die Schüler auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet.

Die bestehende Bildungspolitik des Senats wird dieser Verantwortung gegenüber den jungen Menschen in keiner Weise gerecht. Anstatt die vielfältigen Talente und Interessen in den Schulen zu fördern und durch echte Chancengerechtigkeit das Aufstiegsversprechen einzuhalten, ist Bremen seit Jahren Schlusslicht der deutschen Bildungssysteme. Als Junge Liberale fordern wir daher eine klare Wende in der Bildungspolitik des Senats. Wir setzen uns für mehr Investitionen in unsere Schulen ein, damit unsere Schüler die bestmögliche Bildung erhalten. Wir wollen auch sicherstellen, dass die Lehrkräfte die Unterstützung und Ressourcen erhalten, die sie brauchen, um ihre Arbeit erfolgreich zu erledigen. Wir betrachten als die Pflicht der Politik, unseren Schülern die bestmögliche Zukunft zu ermöglichen. Deshalb fordern wir:

Investitionsoffensive für die Bildung

Eine Investitionsoffensive in die Bremer Schulen und andere Bildungseinrichtungen. Viele Bremer Schulen sind in einem desolaten Zustand und benötigen dringende Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Hinzu kommt ein enormer Investitionsbedarf für eine zeitgemäße, insbesondere digitale, Ausstattung der Schulen in Bremen. Auch für die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte, sowie der dauerhaften Schaffung von zusätzlichen Lehrerstellen, sind große Investitionen in das Bremer Bildungssystem notwendig. Diese Maßnahmen sind zwingende Voraussetzung für jeden Fortschritt im Bildungssystem und müssen der erste Schritt sein, um Bremen vom Platz als Bundesland mit der schlechtesten Bildung zu befreien. Anstatt hierzu die zukünftigen Generationen durch zusätzliche Schulden selbst zur Lösung dieser Probleme heranzuziehen, müssen Bildungsaufgaben im Bremer Haushalt dauerhaft höchste Priorität haben. Einmalige Investitionsvorhaben sind hingegen durch die Liquidierung von staatlichen Vermögenswerten, insbesondere Unternehmensbeteiligungen, zu finanzieren.

Die Zukunft im Klassenzimmer

Die Modernisierung des didaktischen Vorgehens und Methoden, um den Unterricht an Bremer Schulen ins 21. Jahrhundert zu holen. Statt im Unterricht auf Lehr- und Lernmethoden zu setzen, die seit Jahrzehnten aus der Zeit gefallen sind, fordern wir einen Unterricht, der auf Ansätze und Methoden von heute setzt. Hierzu soll die Unterrichtsgestaltung grundlegend dem heutigen Stand der Didaktik angepasst werden. Gerade für dienstältere Lehrer müssen hierzu die Aus- und Weiterbildungsangebote deutlich ausgeweitet und verpflichtend werden, damit veraltete Unterrichtsformen aus den Klassenzimmern verschwinden.

Während digitale Bildungsangebote bislang nur aus der Not der Pandemie heraus genutzt worden sind, müssen digitale und hybride Bildungsangebote fester Bestandteil des Bildungssystems werden. Hierfür fordern wir die Entwicklung eines hochwertigen Digitalangebots durch Bildungsexperten und die dauerhafte Integration entsprechender Angebote. Dabei macht die bloße Ausstattung mit Tablets oder anderen digitalen Endgeräten noch keine moderne, digitale Bildung aus.

Chancen ermöglichen durch individuelle Förderung

Individuelle Förderung in den Mittelpunkt des Bildungssystems zu stellen. Das aktuelle Bildungssystem und die Gestaltung der Lehre werden weder den Stärken noch den Schwächen der Schüler gerecht. Für echte Chancengerechtigkeit ist es notwendig, die Schüler individuell zu fördern. Durch zusätzliches, qualifiziertes Lehrpersonal muss das Lehrer-Schüler-Verhältnis erhöht werden, damit die Lehrer sich stärker auf die einzelnen Schüler beziehen können. Außerdem fordern wir die Beibehaltung und den Ausbau von leistungsbezogenem Schul- und Klassenformen, damit die Förderung den unterschiedlichen Talenten und Leistungsniveaus der Schüler gerecht werden kann. Für Schüler, die aufgrund von körperlichen oder geistigen Einschränkungen einen schwerwiegenden Nachteil im Schulalltag erleben, fordern wir die Wiedereinführung von Sonderschulen. Dem besonderen Förderbedarf kann man nur mit speziell hierfür ausgebildeten Fachkräften gerecht werden.

Update für den Stundenplan

Die Modernisierung der Unterrichtsfächer und -inhalte. In einer zunehmend globalisierten und internationalisierten Welt sind zusätzliche Sprachkenntnisse, insbesondere in Englisch, zwingend notwendige Fähigkeiten. Um die Schüler hierauf vorzubereiten, muss das Angebot für Sprachunterricht besser und vielfältiger aufgestellt werden. Neben dem expliziten Englischunterricht ab der 3. Klasse, muss es flächendeckend mehr Angebote für bilingualen Fachunterricht in Englisch geben. Darüber hinaus soll an sämtlichen Schulen das Sprachangebot erweitert und ausgebaut werden. Während für Gymnasiasten eine zweite Fremdsprache

weiterhin Pflicht bleiben soll, muss auch den Schülern anderer Schulzweige die Wahl zwischen mehreren Fremdsprachen garantiert werden. Hierbei wollen wir auch die Wahlvielfalt zwischen unterschiedlichen Fremdsprachenangeboten flächendeckend deutlich erhöht werden.

Die Fächer Politik und Wirtschaft müssen als fester Bestandteil der unerlässlichen Grundbildung gestärkt werden. Entsprechend sollen sie von anderen Gesellschaftsfächern getrennt werden und mit Beginn der Sekundarstufe fester Teil des Lehrplans und des wöchentlichen Unterrichts sein. Um die Schüler auch auf die zunehmende Digitalisierung vorzubereiten, wollen wir Informatik als Pflichtfach ab der 7. Klasse für alle Schulzweige einführen. Darin sollen den Schülern digitale Techniken und informationswissenschaftliche Grundlagen nähergebracht werden. Außerdem dient es dazu, das Interesse für technologische Fächer zu wecken.

Daneben fordern die Schüler regelmäßig und lautstark einen Schulunterricht, der junge Menschen besser auf das alltägliche Leben vorbereitet. Gerade aus liberaler Sicht ist es besonders wichtig, dass die Schule den Schülern hilft, sich zu mündigen, selbstverantwortlichen Menschen zu entwickeln. Deswegen fordern wir einen stärkeren Alltagsbezug der Unterrichtsinhalte, und insbesondere mehr Allgemeinbildung bei Themen des täglichen Lebens mit Bezug auf persönliche Finanzen und rechtliche Angelegenheiten. Dies unterstützt gerade die Kinder, in denen solche Kenntnisse und Fähigkeiten nicht durch das Elternhaus mitgegeben bekommen, in besonderer Weise.

Als Junge Liberale setzen wir uns entschieden für mehr Säkularisierung des öffentlichen Schulsystems ein. Wir wollen uns langfristig dafür einsetzen, dass die Pflicht des Grundgesetzes, den Religionsunterricht als ordentliches Schulfach ersatzlos zu streichen ist. Kurzfristig fordern wir, dass alle Eltern und Schüler zu jedem Schulfach explizit über die Möglichkeit zur Befreiung vom Religionsunterricht aufgeklärt werden sollen.

Um den vielfältigen Interessen und Talenten der Schüler gerecht zu werden, muss der Anteil an Pflichtfächer zugunsten von mehr Wahlpflichtmöglichkeiten mit höheren Klassenstufen reduziert werden. Anstatt alle Schüler über einen Kamm zu scheren, sollen die Schüler mehr Möglichkeiten zur Wahl unterschiedlicher Fächer und Richtungen bekommen.

Frühkindliche Bildung stärken

Die besondere Stärkung der frühkindlichen Bildung, damit der Bildungspfad nicht bereits im Kleinkindalter entschieden wird. Hierzu wollen wir die Erzieher-Ausbildung praxisnaher gestalten und mehr Weiter- und Spezialisierungsangebote sowohl während als auch nach der

Ausbildung anbieten. Um zusätzliches Personal zu finden, sollen außerdem die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen verbessert werden.

Altersgerechte Bildungsangebote sollen stärkeren Einzug bei frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten erhalten. Dabei sollen die Sprachfertigkeiten besondere Beachtung finden, um der Entwicklung der Kleinkinder von Beginn an gerecht zu werden. Dafür setzen wir uns für eine Anhebung des Betreuungsschlüssels im Land Bremen ein.

Post-Corona-Programm einführen

Ein konsequentes Post-Corona-Programm, um die Defizite in Folge der Pandemie auszugleichen. Unterrichtseinschränkungen, geschlossene Schulen und unvorbereiteter Digitalunterricht haben spürbar und nachweislich schwerwiegende Defizite bei den Schülern verursacht. Es ist zwingend notwendig, die Versäumnisse und Fehler der Bildungspolitik während der Pandemie aufzuarbeiten und entsprechende Maßnahmen zum Ausgleich umzusetzen. Hierzu fordern wir eine umfangreiche Lernstandserhebung, sowie die Ausweitung von Förder- und Nachhilfeprogrammen, um diese Lernrückstände aufzuholen. Auf absehbare Zeit müssen freiwillige Sommerschulen angeboten werden, damit die Schüler die Chance bekommen, verpasste Inhalte nachholen zu können.

Aufstieg wird aus Mut gemacht

In keinem Bundesland leben anteilig zur Bevölkerung so viele Kinder in Armut und armutsgefährdeten Zuständen. Da nach wie vor der Lebensverlauf maßgeblich vom Elternhaus abhängt, verfestigen sich diese Zustände zunehmend und das Aufstiegsversprechen wird gebrochen. Als Junge Liberale wollen wir eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die sich besonders um die Schwächsten der Gesellschaft kümmert und dem Aufstiegsversprechen für junge Menschen wieder Leben einhaucht.

Dabei bietet der Arbeitsmarkt aufgrund des akuten Fachkräftemangels gute Chancen zum wirtschaftlichen Aufstieg junger Menschen. Die katastrophale Bildungspolitik in Bremen verbaut vielen jungen Menschen jedoch diese Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Neben den Konsequenzen für die individuelle Laufbahn verschärft dies die gesellschaftlichen Probleme des Fachkräftemangels. Sowohl aus individuellen als auch aus gesamtgesellschaftlichem Interesse, müssen insbesondere von Armut betroffene und anderweitig sozial benachteiligte Kinder mehr Unterstützung von Beginn an erfahren. Dabei steht für uns fest: Die beste und nachhaltigste Sozialpolitik ist eine erfolgreiche Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die individuellen und gesellschaftlichen Aufstieg ermöglicht.

Kinderchancengeld in Bremen einführen

Weil neben dem direkten Wohlbefinden, auch die Zukunft und der Lebenslauf der Kinder und Jugendlichen maßgeblich durch die finanzielle Situation des Elternhauses beeinflusst wird, fordern wir für die Kinder von in Armut lebenden Familien zusätzliche Unterstützung. Durch die Einführung eines Kinderchancengelds wollen wir unterschiedliche Förderungen und Unterstützungen bündeln, um Sicherung des materiellen Wohlbefindens für Kinder besser abzusichern. Darüber hinaus fordern wir, den Zugang zu Kultur- und Bildungsinstitutionen für Kinder aus Armutsfamilien zu fördern.

Jugendämter und -hilfen stärken

Die Stärkung von Jugendämtern und -hilfen, damit Kinder & Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen die angemessene Unterstützung erhalten können. Neben der notwendigen personellen und materiellen Ausstattung, müssen auch Stigmata und andere Hürden abgebaut werden, um die Schwelle für Betroffene zu senken, entsprechende Hilfsangebote aufzusuchen.

Hand in Hand zusammenarbeiten

Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Ämtern muss verbessert werden. Eine effektive Sozialpolitik für Kinder und Jugendliche kann nur funktionieren, wenn Jobcenter, Jugendämter und Jugendhilfe- und Bildungseinrichtung aus öffentlicher und privater Trägerschaft Hand in Hand zusammenarbeiten. Hierfür müssen die notwendigen Strukturen geschaffen und die entsprechende Ausstattung bereitgestellt werden.

Die Ausbildung in Bremen fördern

Die langfristige Antwort auf die sozialen Probleme und den akuten Mangel an Fachkräften, stellt eine substanzielle Stärkung des Ausbildungsstandorts Bremens dar. Durch die bessere Ausstattung von Berufsschulen, den Abbau bürokratischer Hürden und Regularien und die ideelle Förderung von Ausbildungsbetrieben wollen wir die Ausbildung in Bremen qualitativ verbessern. Darüber hinaus wollen wir durch gemeinsame Projekte zwischen Wirtschaft und Schulen bei der Vermittlung von Ausbildungsplätzen unterstützen. Auf Bundesebene soll sich die Bremer Landesregierung dafür einsetzen, dass Ausbildungsvergütung unabhängig Ihrer Höhe von Steuern und Sozialabgaben befreit werden, um damit den Verdienst von Auszubildenden zu verbessern. Darüber hinaus ist es die Verantwortung der Unternehmen sich im Wettbewerb, um Auszubildende durch attraktive Angebote durchzusetzen. Den Vorschlag eines gesonderten Ausbildungsfonds durch eine zusätzliche Abgabe von Bremer Betrieben, wie vom Senat vorgeschlagen, lehnen wir hingegen ab, weil die Bildungsausgaben bereits über die normalen Steuerzahlungen der Unternehmen finanziert werden.

Schneller und einfacher Zugang zum Arbeitsmarkt

Der Mangel an Fachkräften ist auch mit einer Ausbildungsoffensive nicht ohne qualifizierte Zuwanderung zu lösen. Deswegen fordern wir, den Zugang zum Arbeitsmarkt für qualifizierte Zuwanderer und Flüchtlinge drastisch zu erleichtern. Hierzu sollen insbesondere die Anerkennungsverfahren für Ausbildungen und Abschlüsse verbessert werden. Sofern relevante qualitative Unterschiede in Ausbildungen und Abschlüssen zwischen den Herkunftsländern und deutschen Standards bestehen, soll es vermehrt Angebote geben, die kurzfristige das Nachholen der zugehörigen Inhalte ermöglicht, anstatt dauerhaft die Anerkennung zu verhindern.

Arbeiten, wie und wann du willst

Außerdem fordern wir die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes, um den geänderten Lebensrealitäten der Menschen gerecht zu werden. Schon heute sind der traditionelle Achtstundentag und die Fünftageswoche für viele Arbeitnehmer veraltete Konzepte. Homeoffice, flexible Einteilung der

Arbeitszeiten und andere Gestaltungsmodelle müssen auch in der Rechtslage Beachtung finden, damit Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen gemeinsam individuell festlegen können.

Leb doch, wie du willst! – Für eine freie und individuelle Gesellschaft

Neben uns Jungen Liberalen gibt es keine politische Kraft, die sich der individuellen Entfaltung und freien Lebensgestaltung so sehr verschrieben hat, wie wir. Dabei gehört es zu den fundamentalen Staatsaufgaben, die individuellen Freiheiten einzelner Menschen zu schützen und zu verteidigen. Egal ob politische Zuordnung, sexuelle Orientierung und Identifikation, religiöse oder weltanschauliche Vorstellungen oder sonstige persönliche Bereiche – die Freiheit zur individuellen Entfaltung muss in allen Lebensbereichen den Menschen konsequent durchgesetzt werden. Dabei setzen auf einen wehrhaften und schutzfähigen Staat, der die Grundrechte der Bürger respektiert und verteidigt, und dabei konsequent den rechtsstaatlichen Prinzipien folgt.

Kein Pflichtdienst für junge Menschen

Als Liberale lehnen wir Pflichtdienste jeder Art unabhängig von Ihrem Zweck grundsätzlich ab. Eine allgemeine Wehrpflicht ist ausschließlich im Spannungs- oder Verteidigungsfall zu rechtfertigen. Gleichzeitig darf das Geschlecht für die Wehrpflicht keine Rolle spielen. Anstatt die Wehrpflicht nur auszusetzen, muss die Wehrpflicht im Grundgesetz auf eine entsprechende, situative Lageabhängigkeit angepasst und modernisiert werden. Ein Pflichtdienst für andere Tätigkeiten lehnen wir grundsätzlich ab.

Sexuelle Identität schützen

Wir fordern die Erweiterung des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität, sowie den Begriff „Rasse“ durch eine zeitgemäße und angemessene Formulierung zu ersetzen. Jeder Mensch hat das unveräußerliche, zu schützende Recht auf körperliche Integrität und sexuelle Selbstbestimmung. Umgekehrt ist es dem Staat verwehrt, moralisierende Auffassungen von Sexualität durchzusetzen. Der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung ist zu verbessern.

Adoptionen erleichtern – Familienplanung ermöglichen

Die Adoption ist für unverheiratete Paare – unabhängig von der sexuellen Identität – zu erleichtern. Entscheidend darf für die Prüfung des Jugendamtes allein ein liebevolles Umfeld für das Kind sein. Leihmutterschaft, Embryonen- und Eizellspende sollen – auch unter Zahlung einer Aufwandsentschädigung und Vergütung – legalisiert, Vielelternschaft ermöglicht werden. Die Ausgestaltung der Leihmutterschaft muss während der Schwangerschaft das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper und den Fötus

gewährleisten und nach der Geburt hinreichende Schutzinstrumente vorsehen.

Schutz im digitalen Raum

Gerade im digitalen Raum versagt der Staat regelmäßig sowohl im präventiven Schutz als auch in der nachträglichen Aufklärung und Ahndung von Straftaten. Da der Lebensalltag der Menschen zunehmend auch im digitalen Raum stattfindet, ist es zwingend notwendig, dass der Staat die Menschen auch im digitalen Raum vor Diskriminierung, Gewalt und anderen Straftaten schützt. Auf Landesebene sollen die Strukturen ausgebaut und verbessert werden, um dem Schutzauftrag angemessen entgegenzutreten. Darüber hinaus soll sich Bremen auf Bundesebene für entsprechende Verbesserungen und stärkere Zusammenarbeit zwischen den Ländern einsetzen.

Diskriminierung hat keinen Platz

In den letzten Jahren kam es in mehreren Organisationen, die direkt oder indirekt der staatlichen Kontrolle unterstehen, zu Vorfällen rassistischer Diskriminierung. Berichte über entsprechende Vorfälle bei der Bremer Feuerwehr, sowie mehreren staatlichen Unternehmen erhielten hierbei besondere Aufmerksamkeit. Die verantwortlichen Politiker haben jedoch keinerlei Konsequenzen gezogen und auch die angekündigten Veränderungen und Aufarbeitungen blieben substantiell aus. Wir fordern eine gesamtheitliche Überprüfung und den Ausbau der Kontrollmechanismen direkter und indirekter staatlicher Organisationen, damit erneute rassistische Diskriminierungen verhindert werden.

Betroffene schützen

Die psychosoziale Prozessbegleitung wollen wir ausbauen. Opfer müssen über ein bundesweites, mehrsprachiges Opferinformationsportal über ihre Rechte und Ansprechpersonen informiert werden. Die anonyme Spurensicherung in Notfallambulanzen bauen wir aus, um Betroffenen, die sich erst nach längerer Zeit für eine Anzeige entscheiden, die Spurensicherung zu ermöglichen. Während der Untersuchung eines Opfers einer Sexualstraftat sollen Rechtsmedizinerinnen und -mediziner zur Beweissicherung live per Video zugeschaltet werden können. Einstweilige Anordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz sollen auch über eine digitale Rechtsantragsstelle beantragt werden können.

Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften

Deutschland hat sich der Gleichbehandlung unterschiedlicher Religionen verschrieben. In der Realität genießen die Kirchen im Allgemeinen zu viele Sonderrechte. Das Recht zur freien Ausübung der Religion ist wichtig und muss durch den Staat geschützt werden, jedoch darf die Religionsfreiheit nicht dazu missbraucht werden, um Hass und Hetze zu verbreiten oder

andere Menschen zu diskriminieren. Insbesondere bei der Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben wie der Kinderbetreuung, allgemeinen Schulbildung oder gesundheitlichen Daseinsvorsorge, müssen religiöse Träger zwingend an die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gebunden werden. Eine Diskriminierung gegenüber Personal, Schülern oder Patienten darf in keinem Fall mit der Religionsfreiheit gerechtfertigt werden und Zuwiderhandlungen müssen den dauerhaften Verlust der Trägerschaft zur Folge haben. Die Landesregierung Bremens soll sich auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des Staatskirchenrechts in ein Religionsverfassungsrecht einsetzen, das alle Religionsgemeinschaften gleichbehandelt und Diskriminierung ausschließt.

Ehrenamt stärken

Rettungsdienste, Feuerwehren und andere Institutionen des Bevölkerungsschutzes leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur allgemeinen Daseinsvorsorge. Neben den Hauptamtlichen leisten jedes Jahr tausende Menschen freiwillige Ehrenamtsarbeit in ihrer Freizeit. In jedem Fall beginnen fast alle Dienstleistenden ihren Weg über ehrenamtliche Arbeiten in der Kindheit und Jugend. Damit auch zukünftig ausreichend Menschen einer haupt- oder ehrenamtlichen Tätigkeit im Bevölkerungsschutz nachgehen, wollen wir die Nachwuchsarbeit in diesem Bereich stärken. Hierzu fordern wir eine bessere materielle und finanzielle Ausstattung entsprechender Jugendvereine, sowie eine Stärkung der Werbung und Bekanntheit zur Gewinnung von mehr aktiven jungen Menschen.

Kennzeichnungspflicht und Bodycams im Polizeidienst

Für den Polizeidienst setzen wir uns für eine flächendeckende pseudonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ein. Auch Polizeibeamte müssen der Kontrollierbarkeit des Rechtsstaats unterliegen. Mögliche Pflichtverletzungen oder Rechtsverstöße durch Beamte der Polizei müssen lückenlos durch Disziplinar- oder Gerichtsverfahren aufklärbar sein. Hierfür fordern außerdem die standardisierte Einführung von Bodycams im Polizeieinsatz. Eine möglichst objektive und transparente Dokumentation von Einsätzen ist im Interesse aller Beteiligten. Zahlreiche Pilotprojekte stellen dem Einsatz von Bodycams ein gutes Zeugnis aus und auch der Datenschutz steht dessen Einsatz nicht grundsätzlich entgegen. So können für Polizeibeamte und Betroffene von polizeilichen Maßnahmen gleichermaßen objektive Nachweise über das Einsatzgeschehen herangezogen werden.

Nachwuchsförderung der Polizei

Auch für die Polizei gilt es, die Nachwuchsförderung zu stärken, damit die bereits heute überlasteten Polizeibeamten langfristig entlastet werden können. Hierzu wollen wir insbesondere in Zusammenarbeit mit Niedersachsen die Ausbildungskapazitäten erhöhen und den Beruf durch bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen, sowie zusätzliche Werbeangebote insbesondere bei jungen Menschen attraktiver gestalten. Entscheidend ist hierbei auch, dass der Aus- und Wegfall bestehenden Personals verhindert wird.

Zwischen Klima und Freiheit passt kein oder – Pragmatismus statt Ideologie

Ein verantwortungsbewusster Umgang mit Umwelt und Klima ist für uns als Junge Liberale die Voraussetzung für die Freiheit zukünftiger Generationen. Deswegen setzen wir uns für einen ambitionierten Klimaschutz ein und wollen Bremen zum Vorreiter beim Klimaschutz in Deutschland machen. Für einen erfolgreichen Klimaschutz müssen Umweltschutz und Infrastruktur konsequent zusammen gedacht werden. Als Stadtstaat sind Land und Kommune besonders eng miteinander verknüpft, sodass auch große Vorhaben besonders gut umgesetzt werden können. Wir wollen diesen staatsorganisatorischen Vorteil nutzen, um eine klimaneutrale Infrastruktur in Bremen umzusetzen.

Durch die Entwicklung neuer Technologien und den Aufbau klimafreundlicher Wirtschaftsbereiche kann der Klimaschutz auch zum wirtschaftlichen Gewinn für Bürger und Gesellschaft werden. Für einen effektiven Klimaschutz durch nachhaltige Infrastruktur und eine lebenswerte Stadt fordern wir deswegen:

Klimaneutralität bis 2038

Ein klares Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen und das Umsetzen notwendiger Maßnahmen zur Erreichung von Klimaneutralität bis 2038. Außerdem wollen wir darauf hinwirken, dass Bremen und Bremerhaven sich als Städte der Zukunft begreifen und beim Klimaschutz und der Vereinbarkeit mit Zielkonflikten eine Vorreiterrolle einnehmen.

Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden

Eine Investitions- und Förderoffensive in den Klimaschutz und die Förderung von Maßnahmen zur Erreichung von Klimaneutralität. Anstatt den Bürgern den Erwerb und Neubau eigener Immobilien durch eine Solarpflicht zu erschweren, muss der Staat bei den eigenen großflächigen Gebäuden vorangehen. Dafür fordern wir bis 2025 alle öffentlichen Gebäude mit Photovoltaikanlagen zu bedachen. Daneben sollen Förder- und Beratungsprogramme gestärkt werden, um Haushalte und Unternehmen bei Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen fachkundig zu beraten. Um effektiven Klimaschutz voranzutreiben, ist der radikale Abbau von bürokratischen Hürden und die Beschleunigung öffentlicher Verwaltungen höchste Priorität haben. Insbesondere wollen wir uns dafür einsetzen, dass sogenannte „Balkonkraftwerke“ leichter und mit weniger bürokratischen und regulatorischen Hürden eingesetzt werden können. Um die dezentrale und individuelle Energieversorgung flächendeckend und insbesondere für Mieter zu stärken, soll das Mietrecht dahingehend angepasst werden, dass Mieter entsprechend der baulichen Umstände einen Anspruch zur Installation solcher Solarpanels durchsetzen können. Die ökonomische Sinnhaftigkeit entsprechender Maßnahmen ist

zunehmend durch Marktmechanismen bereits gegeben und bedarf keiner zusätzlichen Subvention.

Weniger Bürokratie, mehr Klimaschutz

Insbesondere der Bausektor muss seiner besonderen Verantwortung beim Klimaschutz gerecht werden. Wir fordern deswegen mehr Nachhaltigkeit bei Bauprojekten. Für öffentliche Bauvorhaben und Gebäude sollen die Standards des DNGB angewendet und eine Begrünungspflicht eingeführt werden. Für den Privatsektor setzen wir auf die bürokratiearme Umsetzung bestehender Regelungen, sowie der konsequenten Umsetzung des Europäischen Emissionshandels. Gerade beim Klimaschutz muss gelten, dass Bürokratie und öffentliche Verwaltung der schnellen Umsetzung moderner, klimafreundlicher Bauvorhaben nicht im Weg stehen dürfen. Für alle Bauvorhaben muss außerdem gelten, dass der Denkmalschutz Modernisierungen und besserem Klimaschutz nicht im Weg stehen darf.

Schutz von Grünflächen

Den Schutz bestehender und Ausbau weiterer Grünflächen zu stärken. Grünflächen und Parkanlagen leisten sowohl einen Beitrag zum Klimaschutz und verbessern darüber hinaus das Stadtbild und Wohlbefinden der Menschen. Da die verfügbare Fläche in Städten in besonderer Weise begrenzt sind, ist es hierfür notwendig, die erlaubte Bauhöhe für Gebäude zu erhöhen, um damit die notwendige Flächennutzung zu reduzieren.

Fahrradinfrastruktur in Bremen ausbauen

Den Ausbau der Fahrradinfrastruktur, um die Mobilität der Menschen zu erhöhen und so zum Klimaschutz beizutragen. Wir wollen zusätzliche Radwege ausbauen, sowie mehr Unterstellungs- und Abstellmöglichkeiten an zentralen Verkehrsknotenpunkten und anderen Orten mit besonderem Verkehrsaufkommen.

Bremen und Bremerhaven verbinden

Als Stadtstaat mit zwei getrennten Städten, ist die Verbindung zwischen Bremen und Bremerhaven für Arbeitnehmer, Studenten und Schülern gleichermaßen von Bedeutung. Um auch hier weiter in die Zukunft zu denken, geben wir uns nicht mit dem Ausbau eines dritten Gleises zufrieden, sondern fordern ein weiteres Doppelgleis, um so langfristig die Zugverbindung zwischen den beiden Städten langfristig noch besser auszubauen. Auch die Anbindung des öffentlichen Nahverkehrs an die Stadtteile in Bremen-Nord müssen verbessert werden. Kurzfristig sollen verstärkt Express- und Direktverbindungen zwischen wichtigen Punkten eingesetzt werden, um die tatsächliche Anbindung zu verbessern.

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

Während die Umsetzung eines guten öffentlichen Nahverkehrs in ländlichen Regionen natürlicherweise schwieriger ist, scheitert der öffentliche Nahverkehr in Bremens Städten schlichtweg an mangelnder Umsetzung und Missmanagement. Damit der öffentliche Nahverkehr auf Dauer eine verlässliche Mobilitätsoption darstellt, müssen neben zusätzlichen Verbindungen die bestehenden Verbindungen häufiger, zuverlässiger und auch zu späten Tageszeiten fahren. Solange kein Verlass auf die Abfahr- und Ankunftszeiten besteht, oder vollständige Ausfälle von Verbindungen zum ständigen Erlebnis der Fahrgäste gehören, wird eine intensivere Nutzung des Nahverkehrs nicht erreichbar sein.

Innovation statt Papierinvasion – Den Staat ins 21. Jahrhundert holen

Spätestens seit der Pandemie ist unstrittig, dass wir auf einen guten digitalen Staat angewiesen sind. Überbürokratisierte Verwaltungen und Kommunikation über Brief und Fax sind nicht mehr angemessen, um den Herausforderungen und Problemen unserer Zeit gerecht zu werden. Die rückständige und überbordende Verwaltung unseres Landes behindert Klimaschutz, den Ausbau der Infrastruktur und schadet im Gesundheitsbereich ganz direkt den Menschen in diesem Land.

Als Querschnittsproblem behindert die mangelnde Digitalisierung und Überbürokratisierung alle politischen Probleme. Entsprechend muss es höchste Priorität der Politik sein, die Handlungsfähigkeit des Staates durch Entbürokratisierung und Digitalisierung der Behörden wiederherzustellen. Dabei ist die Lebensrealität der nahezu aller Menschen bereits heute um ein Vielfaches digitaler als die staatlichen Verwaltungen. Es ist höchste Zeit, dass sich der Staat seinen Bürgern anpasst, anstatt sie mit veralteten Technologien und Vorgängen zusätzlich zu belasten.

Öffentliche Einrichtungen der Zukunft

Die Modernisierung öffentlicher Einrichtungen, allen voran der Bremer Bildungseinrichtungen. Die Pandemie der letzten Jahre hat ganz besonders gezeigt, wie sehr die Handlungsfähigkeit des Staates unter der rückständigen Ausstattung und Arbeitsweise leidet. Der schriftliche Briefverkehr über Wochen hinweg oder die Verwendung unsicherer und veralteter Kommunikationsmittel, wie Faxe, sind nicht mehr zeitgemäß. Deswegen fordern wir die kurzfristige und konsequente Digitalisierung öffentlicher Einrichtungen. Öffentliche Verwaltungen müssen die Möglichkeit erhalten, kurzfristig und digital untereinander zusammenzuarbeiten. Der Kontakt zu Bürgern, Unternehmen und anderen Privatorganisationen muss nutzerfreundlich vollständig digitalisiert werden. Es genügt nicht, dass nur Termine online gebucht werden können. Der direkte Kontakt vor Ort ist darauf zu beschränken, wo dieser aufgrund der Sachzusammenhänge unerlässlich ist.

Privatsphäre und Freiheit im digitalen Raum

Eine konsequente Umsetzung des Rechts auf Privatsphäre und Freiheit im digitalen Raum. Als Junge Liberale betrachten wir Einschränkungen der Privatsphäre und Anonymität im Netz, sowie Einschränkungen der freien Meinungsäußerung als unzulässige Mittel autoritärer Systeme. Automatisiertes Scannen von Inhalten zum Beispiel im Rahmen des Urheberrechtsschutzes („Upload-Filter“) stellen eine Bedrohung für die freie Meinungsäußerung im Netz dar. Vorhaben wie die, wiederholt als grundrechtswidrig eingestufte, Vorratsdatenspeicherung oder eine flächendeckende Überwachung digitaler Kommunikation im Rahmen der von der EU geplanten Chatkontrolle darf es in einem freiheitlich-

demokratischen Rechtsstaat nicht geben und müssen um jeden politischen Preis verhindert werden.

Gerade beim Einsatz neuer Technologien im Sicherheitsbereich ist es unsere Pflicht, Menschen- und Grundrechte zu wahren. Die Überwachung von Kommunikation, das Filtern von Plattforminhalten oder Gesichtserkennung durch Videoüberwachung haben in einer freien und menschenrechtsachtenden Demokratie nichts zu suchen.

Öffentliche Informationen für jeden

Die Ausweitung des Open Government Prinzips und die transparente Zugänglichkeit öffentlicher Informationen. Im Rahmen von Open Data muss gelten, dass Verwaltungsdaten und Daten mit öffentlicher Förderung auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Hierzu fordern wir, dass sämtliche Datenerhebungen durch Verwaltungen der Bevölkerung sowohl manuell als auch über Software-seitige Anbindung bereitgestellt werden müssen, sofern diese nicht dem individuellen Datenschutz unterliegen oder aus Gründen der Sicherheit verschlossen bleiben müssen.

Für die Entwicklung und Nutzung von Informationssystemen und -anwendungen in öffentlichen Einrichtungen wollen wir verstärkt das Potenzial von Open Source Software nutzen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Anwendungen mit offenem Quellcode besser und insbesondere sicherer sind. Zwar benötigt die Entwicklung eigener Softwarelösungen höhere Entwicklungsinvestitionen, aber führen langfristig zu besseren Lösungen und sind auch in der laufenden Nutzung günstiger. Die Nutzung und Entwicklung eigener Open Source Systeme muss langfristig Standard für die öffentliche Verwaltung werden.

Kritisches Informationssystem stärken

Die Stärkung der Verteidigungs- und Abwehrfähigkeit kritischer Informationssysteme. Während in Deutschland die Digitalisierung weitestgehend verschlafen hat, sehen wir uns heute neuer Arten von Bedrohungen durch kriminelle Angriffe auf unsere Kommunikations- und Informationssysteme gegenüber. Hackerangriffe auf private und öffentliche Einrichtungen stellen schon heute keine seltene Ausnahme dar. Deswegen fordern wir die IT-Sicherheit im Land zu fördern. Für Privatanwender und Unternehmen sollen Informations- und Förderprogramme ins Leben gerufen werden, damit diese sich besser vor digitalen Bedrohungen schützen können. Für öffentliche Einrichtungen ist die konsequente Durchsetzung höchster Sicherheitsstandards zwingende Voraussetzung. Die Informationssysteme sind so zu entwickeln, dass Sie verlässlich vor Bedrohungen von außen und Missbrauch von innen geschützt sind. Vorfälle wie die versehentliche Veröffentlichung von medizinischen Informationen einzelner Bürger während der Pandemie,

oder unzulässige Informationsabfrage in Polizeisystemen durch einzelne Beamte dürfen sich auf keinen Fall wiederholen.

E-Sport anerkennen

Die Anerkennung von E-Sport und die rechtliche Gleichstellung mit anderen Individualinteressen. Im Rahmen neuer Technologien finden die Menschen neue Wege der Interessensausübung und des sportlichen Wettbewerbs. Es ist überfällig, E-Sports auch als solche anzuerkennen und entsprechenden Vereinen dieselbe Gemeinnützigkeit wie traditionellen Vereinen für Sport und andere ideelle Zwecke zu gewähren.

Reform für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Wir Junge Liberale Bremen stehen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, denn wir erkennen an, dass eine offene und demokratische Gesellschaft auf eine Grundversorgung mit Nachrichten angewiesen ist, wie sie durch Private nicht gänzlich sichergestellt werden kann. Allerdings sehen wir die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform, da sich der deutsche ÖRR inzwischen über ein akzeptables Maß hinaus aufgebläht hat. Unser Ziel ist ein Rundfunk, der seine Mittel effizient einsetzt, um seinem verfassungsgemäßen Informationsauftrag nachzukommen. Dafür müssen seine Strukturen erheblich entschlackt und Doppelstrukturen vermieden werden. Künftig soll der ÖRR in Deutschland je Austrahlungsform nur noch einen Sender betreiben. Alle anderen öffentlichen-rechtlichen Sendeanstalten sollen in die Privatwirtschaft überführt werden. Der Wegfall der anderen staatlichen Sender soll, durch die verbleibenden nicht kompensiert werden dürfen. Konkurrenz zu den privaten Sendern auf dem Gebiet der Unterhaltung ist zu vermeiden. Der verbleibende öffentliche Rundfunk soll von frei von kommerziellen Einflüssen sein. Informationsangebote wie die Tagesschau sowie deren umfassendes Korrespondentennetzwerk sollen bestehen bleiben und von den verbleibenden Sendern übernommen werden. Hierbei sind Ressourcen künftig effizienter zu nutzen. Die Zuständigkeit für den ÖRR soll von den Ländern auf den Bund übertragen werden; diesbezügliche Gesetze müssen aber zustimmungspflichtig im Bundesrat bleiben. Die Zuständigkeit für den ÖRR soll von den Ländern auf den Bund übertragen werden. Im Zuge der Privatisierung sind die Verwaltungseinheiten Finanzkommission, ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice (früher „GEZ“) und Rundfunkgebührenbeauftragter abzuschaffen.

Finanzpolitik, die rechnen kann

Die angespannte Finanzlage Bremens ist auch Zeugnis jahrelanger Finanz- und Haushaltspolitik gegen die Interessen zukünftiger Generationen. Infolgedessen weist Bremen die höchste Pro-Kopf-Verschuldung Deutschlands auf und muss trotz Niedrigzinsen jährlich über 500 Millionen Euro für Zinsen aufwenden. Diese Gelder fehlen heute für Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Klimaschutz oder zur Bewältigung des Strukturwandels. Für uns als Junge Liberale muss eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik die Zukunft in den Fokus politischer Vorhaben stellen. Wir unterstützen daher Maßnahmen, die dazu beitragen, die öffentlichen Schulden abzubauen und die Haushaltsdisziplin zu stärken. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Ausweitung von Investitionen insbesondere in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz ein, die auch zukünftigen Generationen gerecht wird. Für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik fordern wir:

Investitionen in die Zukunft

Eine Investitionsoffensive, um die Defizite des Bildungssystems aufzuholen und den Herausforderungen des Strukturwandels hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft gerecht zu werden. Zur Finanzierung sollen die vorhandenen Gelder effizienter verwendet werden, sowie für einmalige Investitionen Unternehmensbeteiligungen der öffentlichen Hand veräußert werden. In den nächsten Haushaltsplanungen sollen Investitionen in die Zukunft des Landes und der Städte, sowie in die zukünftigen Generationen klaren Vorrang vor heutigen konsumtiven Ausgaben haben.

Keine neuen Schulden

Die langfristige Entschuldung Bremens, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen. Wir lehnen es ab, den zukünftigen Generationen noch mehr Schulden aufzubürden. Stattdessen müssen die politischen Herausforderungen durch eine effizientere und priorisierende Verwendung der verfügbaren Mittel, durch Auflösung von staatlichen Unternehmensbeteiligungen, sowie der nachhaltigen Steigerung des Steueraufkommens durch eine kluge Wirtschaftspolitik finanziert werden.

Transparente Finanzpolitik vereinfachen

Die finanzpolitische Transparenz zu stärken, um die Kontrolle und demokratische Einflussnahme durch Öffentlichkeit und die Bürger zu verbessern. Die Bürger haben ein Recht auf transparente und leicht-zugängliche Informationen über die Verwendung öffentlicher Gelder. Neben detaillierten Veröffentlichungen fordern wir eine vereinfachte, aber informative Veröffentlichung der Haushalts- und Finanzlage Bremer

Gebietskörperschaften, die auch sprachlich für Laien zugänglich ist. Außerdem sollen die öffentlichen Haushalte Bremens nach Vorbild des Bundeshaushalts als nutzerfreundliche Webseite veröffentlicht werden. Für die Verwaltung öffentlicher Gelder schuldet der Staat den Bürgern eine transparente und vollständige Rechenschaft, die jeder Bürger nachvollziehen kann.

Finanzielle Entlastung für alle

Wir wollen Menschen finanziell entlasten, statt sie immer weiter zu belasten. Die Mehrwertsteuer gehört als reine Konsumsteuer zu den unsozialsten Belastungen, da sie insbesondere Menschen mit kleinem Einkommen überproportional trifft. Allein im Land Bremen leben laut dem Armutsbericht 2021 28 Prozent der Bremer in Armut. Eine Senkung der Mehrwertsteuer kann durch sinkende Preise zu einer erhöhten Nachfrage und damit wachsenden Wirtschaft beitragen und vor allem ermöglicht es auch Menschen mit kleinen Einkommen nicht auf ihr Grundrecht der Nahrungsaufnahme verzichten zu müssen.

Wir setzen uns daher für eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer in Deutschland auf den europäischen Mindeststeuersatz von 5 bzw. 15 Prozent ein.

Die Freiheit endet nicht an Bremens Grenzen

Bereits seit Jahren sind weltweit besorgende Entwicklungen zu beobachten. Die Ereignisse des letzten Jahres, insbesondere dem russischen Überfall und die Freiheitskämpfe im Iran, haben wieder gezeigt, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, sondern erkämpft und stets verteidigt werden müssen. Als Bundesland muss auch Bremen sich für die Erhaltung und Förderung der freiheitlich-demokratischen Gemeinschaft einsetzen. Sowohl im Bundesrat, sowie im Rahmen der eigenen Befugnisse und Zuständigkeiten, oder im bilateralen Direktkontakt, muss Bremen sich dafür einsetzen.

Unterstützung für die Ukraine

Seit dem russischen Überfall der Ukraine haben hunderttausende Ukrainer Schutz und Zuflucht in Deutschland und in auch Bremen gefunden. Es darf zu keinem Zeitpunkt Zweifel daran bestehen, dass Deutschland die Ukraine bei der Abwehr des russischen Angriffs humanitär, wirtschaftlich, aber auch mit Waffenlieferungen unterstützt. Währenddessen müssen wir den geflüchteten Ukrainer und insbesondere den zahlreichen Kindern hier vor Ort helfen. Gerade für Kinder gilt es, die Bildungs- und Hilfsangebote drastisch zu verbessern. Auch für die Zeit nach dem russischen Angriffskrieg muss Deutschland, aber auch Bremen, das möglichste Tun, um der Ukraine beim Wiederaufbau zu helfen.

Sanktionen für das iranische Regime

Auch im Iran stellen sich seit Monaten viele mutige Menschen dem iranischen Regime entgegen und riskieren alles im Kampf für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Zu viele Menschen mussten diesem Kampf bereits ihr Leben oder ihre Freiheit opfern. Als Freie Demokraten stehen wir klar an der Seite freiheitssuchenden Menschen und fordern ein schnelles und geschlossenes Handeln der internationalen Gemeinschaft freiheitlich-demokratischer Staaten. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern müssen wir den internationalen Druck auf das iranische Regime erhöhen und die weiteren wirksamen Sanktionen verhängen. Nur so können wir die tapferen Frauen und Männer im Iran in ihrem Kampf für bessere Frauenrechte, mehr Selbstbestimmung und gegen religiöse Repressionen unterstützen.

Solidarität mit Taiwan

Seit Jahren missachtet die Volksrepublik China regelmäßig Menschen- und Freiheitsrechte im eigenen Land, und bedroht regelmäßig die Integrität souveräner Staaten und autonomer Regionen. Insbesondere Hongkong und Taiwan sehen sich permanent der Einflussnahme und Bedrohung durch China ausgesetzt. Als freiheitlich-demokratisches Land ist es unsere Pflicht, den Menschen, die von Chinas Politik betroffen sind,

beizustehen. Solange China die bestehende Politik national wie international fortsetzt, kann die Antwort freier Demokratien nur sein, sich zunehmend von China abzuwenden und stattdessen die Zusammenarbeit und Kooperation mit freiheitlich-demokratischen Staaten zu intensivieren.

Die Konfuzius-Institute in Deutschland dienen China dabei nicht als Begegnungs- und Austauschstätte zwischen unterschiedlichen Kulturen, sondern werden regelmäßig zu Desinformation- und Propagandazwecken der kommunistischen Regierung Chinas genutzt. Wir fordern, jede Zusammenarbeit mit den Konfuzius-Instituten einzustellen. Stattdessen sollte Bremen und Deutschland der taiwanesischen Regierung entsprechende Kooperationsangebote unterbreiten. Hierzu zählen die Schaffung eines taiwanesischen Instituts zum interkulturellen Austausch, die Verstärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehung, sowie die Kooperation im Bildungsbereich. Außerdem soll Bremen die Möglichkeit von Städtepartnerschaften mit taiwanesischen Städten anbieten.

Kooperation mit freien Demokratien weltweit

Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und insbesondere die Ereignisse des vergangenen Jahres haben einmal mehr bewiesen, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich genommen werden dürfen. Statt in faulen Deals die Nähe zu autokratischen und unfreien Ländern zu suchen, muss die freiheitlich-demokratische Staatengemeinschaft enger und verstärkt zusammenarbeiten. Sowohl wirtschaftlich, als auch gesellschaftlich und auf ideeller Ebene muss Deutschland verstärkt mit unseren Partnern in Europa, Nordamerika und allen anderen freien Demokratien weltweit kooperieren. Auch für Bremen muss gelten, die Nähe und das Bündnis zu diesen Ländern und deren Menschen zu stärken.

Schnelle Hilfe für Hilfesuchende

Wir begrüßen, dass ukrainische Geflüchtete besonders zügig Hilfe erfahren und wollen, dass dieser Pragmatismus im Umgang mit Asylsuchenden aus Staaten außerhalb Europas, in denen ebenfalls Krieg herrscht, ebenfalls gepflegt wird. Als Junge Liberale Bremen fordern wir deshalb, aus Erfahrungen im Umgang mit den Geflüchteten aus der Ukraine zu lernen und Asylsuchenden aus Ländern außerhalb Europas gleichwertige Hilfe, schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt und raschere Gewissheit über Ihren Verbleib zu gewähren.

Die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 14. Mai entscheidet über die Zukunft Bremens in den kommen Jahren. Wir wollen Bremen nach jahrzehntelangem Rückschritt wieder auf den Pfad für eine bessere, lebenswertere und freiere Zukunft bringen. Wir wollen die individuelle Freiheit und Vielfalt stärken. Wir wollen den Herausforderungen, vor denen wir stehen, mutig, mit dem gemeinsamen Gestaltungswillen jedes Einzelnen entgentreten. **Wir wollen Verantwortung übernehmen und die Stimme der jungen Menschen für Freiheit, Fortschritt und Zukunft in der Bremischen Bürgerschaft sein!**